



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 14. bis 20. Dezember 2023

Die Sitzungen des polnischen Parlaments werden weiterhin nicht nur im Plenarsaal, sondern auch in Medien und Gesellschaft von heftigen Emotionen begleitet. Die Dienstagssitzung war erneut stürmisch, aber auch produktiv. Der Sejm stimmte unter anderem über die Bildung eines Untersuchungsausschusses zu den Unregelmäßigkeiten bei der Zuteilung polnischer Visa ab und verabschiedete einen Beschluss zu den öffentlichen Medien. In Reaktion darauf besetzten Politiker der PiS-Partei in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch den Sitz des Fernsehsenders Telewizja Polska (TVP) mit der Begründung, dessen Unabhängigkeit zu „verteidigen“.

Aufregung um die öffentlichen Medien

Am Dienstagabend verabschiedete der Sejm einen Beschluss über die Rückführung der öffentlichen Medien und der Polnischen Presseagentur (PAP) zur Rechtsordnung sowie zu unparteilicher und aufrichtiger Berichterstattung. Der Beschluss sieht die Beendigung des Parteieneinflusses auf die öffentlichen Medien und die Wiederherstellung von deren Unabhängigkeit vor. Gleichfalls am Dienstag kündigte Ministerpräsident Donald Tusk an, dass es keine Ausgleichszahlung für den Sender TVP geben wird; in den vorhergehenden Jahren hatte PiS eine solche in Höhe von zwei Milliarden Złoty zuerkannt, obwohl die öffentlichen Medien aus Steuern und Abonnements finanziert werden. Bei den Abstimmungen am Abend fehlten mehr als einhundert Abgeordnete von Recht und Gerechtigkeit, weil sich diese unterdessen zum Sitz von TVP begeben hatten, um „die Demokratie zu verteidigen,“¹ wie sich Jarosław Kaczyński ausdrückte. Nach dem Bericht von *Gazeta.pl*: „Der PiS-Vorsitzende kündigte in der Nacht zudem an, Politiker seiner Partei würden in Gruppen zu je zehn Personen beim Sender

¹<https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,30525486,jaroslaw-kaczynski-spedzil-w-gmachu-tvp-calano-by-la-narada.html>

Telewizja Polska Wache halten. Währenddessen übertrugen TVP und TVP Info dasselbe Programm. Das am Unterrand des Bilds eingeblendete Textband war auf einmal schwarz. Darauf waren Einträge zu lesen von der Art: ‚Anschlag auf die öffentlichen Medien‘ sowie ‚Maulkorbgesetz‘.² In das Gebäude des Senders TVP wurden nur rechtsextreme Medien eingelassen, die PiS-Politiker verließen es gegen sechs Uhr am Mittwochmorgen. In der Frage des Beschlusses richtete Andrzej Duda (PiS) ein Schreiben an Sejmmarschall Szymon Hołownia (Polska 2050/ Dritter Weg). Auch am Mittwochmorgen teilte das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe (MKiDN) auf seiner Website mit, dass die Vorstände der öffentlichen Medien abberufen und neue durch das Kulturministerium berufen würden, „als Organ, das die Eigentumsrechte für die im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen wahrnimmt, in denen dieser 100 Prozent des Aktienanteils beträgt“.³ Kurz darauf stellte der Sender TVP seine Sendungen ein. Hier eine Auswahl der wichtigsten Kommentare zu den Veränderungen in den öffentlichen Medien.

Artur Bartkiewicz meint in der *Rzeczpospolita* ironisch: „Ein grotesker Protest der PiS-Abgeordneten bei TVP. Sie hatten acht Jahre, um in Polen eine BBC aufzubauen. Der dienstabendliche Ausflug vieler Abgeordneter der PiS-Partei zum Gebäude von TVP war keine Überraschung, denn schließlich hatten sie sich dort acht Jahre lang wie zuhause fühlen können, man konnte sich also schon mal irren, wenn man dem Taxifahrer die Adresse sagte.“⁴

Bogusław Chrabota von derselben Redaktion äußert sich ein wenig ausgewogener: „Abrechnung im TVP. Genug mit dem Gejammer von PiS, wir sollten Täter und Opfer nicht verwechseln. Die Propagandisten aus TVP zu entfernen, ist eine Chance, zur Normalität zurückzukehren, zu professionellen Standards und der gesetzmäßigen Aufgabe des öffentlichen Fernsehens. Strafe muss sein, denn Schuld liegt vor.“⁵

Jakub Majmurek schreibt in *Newsweek*: „[...] alles, was sich an der Woronicza-Straße abspielte, hat deutlich vor Augen geführt, weshalb es in den öffentlichen Medien und vor allem bei TVP heute einen entschlossenen Neustart geben muss.“⁶ Majmurek kommentiert auch die Fotografie der Abgeordneten Joanna Lichočka (PiS), welche diese im Regieraum der Nachrichtenprogramme von TVP zeigt.⁷ „Diese Aufnahme zeigt klar und deutlich, was an der PiS-Aktion und dem Verhältnis dieser Partei zu TVP nicht in Ordnung ist. Denn das gesamte TVP-Programm sah danach aus, als ob PiS-Politiker im Regieraum saßen, wo sie nichts zu suchen hatten. Manchmal war das buchstäblich der Fall, wie bei dem vom Kulturministerium an die Woronicza-Straße abgestellten Jacek Kurski, manchmal nur im übertragenen

²<https://wiadomosci.gazeta.pl/wiadomosci/7,114884,30525486,jaroslaw-kaczynski-spedzil-w-gmachu-tvp-calano-by-la-narada.html>

³https://twitter.com/kultura_gov_pl/status/1737408733699805330

⁴<https://www.rp.pl/komentarze/art39597561-artur-bartkiewicz-groteskowy-protest-poslow-pis-w-tvp-mieli-osiem-lat-by-zrobic-w-polsce-bbc>

⁵<https://www.rp.pl/opinie-polityczno-spoeczne/art39593021-boguslaw-chrabota-rozliczenia-w-tvp-dosc-biadolenia-pis-nie-mylny-sprawcow-z-ofiarami>

⁶<https://www.newsweek.pl/polska/polityka/przyjedzie-kawaleria-o-co-chodzi-z-cyrkiem-w-tvp/crhzqps>

⁷<https://twitter.com/JoannaLichočka/status/1737205065486618935>

Sinne. Das Ergebnis war aber dasselbe.“⁸

Auch Politiker kommentierten die Vorgänge in Echtzeit.

Katarzyna Lubnauer, Abgeordnete der KO: „Wie ich es verstehe, bewacht PiS diese Stühle, auf denen in den letzten acht Jahren ständig PiS-Vertreter saßen und nach Belieben irgendwelchen Unsinn reden konnten.“⁹

Der früherer Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) schreibt: „Die rechtswidrigen Maßnahmen des Kulturministeriums in Bezug auf TVP, Polnisches Radio und PAP zeigen, wie die Regierung, der es angeblich um Rechtsstaatlichkeit geht, bei jedem Schritt dagegen verstößt. Und sie regiert erst eine Woche... Wir werden nicht kapitulieren. Wir werden es nicht zulassen, dass in Polen eine Diktatur errichtet wird.“¹⁰

„Tusk hat TVP Info abgeschaltet. Es gibt kein Signal im Fernsehen, noch eine Internetseite. Wie während des Kriegszustands im Kommunismus. #Koalicja13grudnia [Koalition des 13. Dezember]“,¹¹ schreibt Marcin Romanowski (Souveränes Polen) in seinem X-Profil.

Marek Mikołajczyk verweist in *Dziennik. Gazeta Prawna* auf die weiteren Schritte und zitiert einen Politiker der Regierungskoalition: „Es bleibt von zentraler Bedeutung für die ganze Sache, wie die Entscheidung des Ministers für Kultur umgesetzt wird. Wie wir erfahren, schließt die neue Regierungskoalition die Möglichkeit einer gewaltsamen Intervention in den Gebäuden an der Woronicza-Straße und dem Platz der Warschauer Aufständischen völlig aus. ‚Wir werden uns eher für sanfte Maßnahmen entscheiden.“¹²

Kamiński und Wąsik zu Haftstrafen verurteilt

Am Mittwoch wurden die ehemaligen Minister Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik (beide PiS) rechtskräftig zu einer Haftstrafe von zwei Jahren ohne Bewährung verurteilt. Dies sind die Nachwirkungen einer Angelegenheit, die 2007 mit dem Ausbruch der Landaffäre begann. Kamiński und Wąsik waren damals Chefs des Zentralbüros für Korruptionsbekämpfung (CBA). Ewa Ivanowa fasst den damaligen Vorgang in der *Gazeta Wyborcza* zusammen: „Das Büro beschloss nachzuweisen, dass Andrzej Lepper, damals stellvertretender Ministerpräsident und Chef der mit PiS gemeinsam regierenden Partei Samoobrona [Selbstverteidigung], Bestechungsgelder für die Hilfe bei der Umwidmung von Agrarland in Masuren nahm (daher die Bezeichnung ‚Landaffäre‘). Zweck der Maßnahmen des CBA war, die Samoobrona zu zerschlagen und auch, einen Teil ihrer Politiker und Wählerschaft vor den Wahlen von 2007 zu übernehmen. Man fand jedoch nichts gegen Lepper, PiS

⁸<https://www.newsweek.pl/polska/polityka/przyjedzie-kawaleria-o-co-chodzi-z-cyrkiem-w-tvp/crhzqps>

⁹<https://dorzeczy.pl/opinie/527928/lubnauer-wariant-silowy-w-tvp-nie-wyobrazam-sobie-tego.html>

¹⁰<https://twitter.com/MorawieckiM/status/1737426937713160481>

¹¹<https://dorzeczy.pl/opinie/528021/burza-po-decyzji-rzadu-ws-mediow-publicznych.html>

¹²<https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/9386216,ofensywa-ws-tvp-kluczowa-bedzie-egzekucja-decyzji-mkidn.html>

verlor die Wahlen und musste die Regierung an die Koalition aus PO [Bürgerplattform] und PSL [Polnische Volkspartei] abgeben.“¹³ 2015 wurden Kamiński und Wąsik wegen Amtsmissbrauchs verurteilt, doch bevor das Urteil rechtskräftig wurde, begnadigte Präsident Andrzej Duda rechtswidrig beide, sodass sie Geheimdienstkoordinatoren in der PiS-Regierung werden konnten. Jetzt verlieren sie ihre Abgeordnetenmandate.

Die beiden Politiker gaben eine Pressekonferenz, um zu verkünden, dass sie das Urteil nicht anerkennen. „Wir haben nicht vor, uns zu fügen, wir werden weiter unsere Maßnahmen ergreifen. Das ist ein schändliches Urteil, wir nehmen es nicht zur Kenntnis, für uns ist das kein Urteil; das ist völlige Rechtlosigkeit“,¹⁴ sagte Mariusz Kamiński auf der Pressekonferenz.

Der *Dziennik. Gazeta Prawna* hebt hervor: „Die rechtskräftige Entscheidung bringt die Angelegenheit zum Abschluss. Kamiński und Wąsik werden zwei Jahre im Gefängnis verbringen, und sie werden in den nächsten Jahren auch keine öffentlichen Ämter ausüben können.“¹⁵

Wojciech Czuchnowski schreibt in der *Gazeta Wyborcza*: „Jahrelang personifizierten Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik Straflosigkeit und Gesetzesbruch. Heute erleiden sie die Konsequenzen nicht nur der Missbräuche, die sie als Leiter des CBA begingen, sondern auch der unverantwortlichen Entscheidung von Präsident Andrzej Duda.“¹⁶

Auch die Kanzlei von Präsident Duda nahm Stellung zu dem Urteil: „Nach Auffassung der Kanzlei des Präsidenten sind Mariusz Kamiński und Maciej Wąsik begnadigt; die Begnadigung gilt und ist rechtskräftig“,¹⁷ stellte die Ministerin im Amt des Präsidenten Małgorzata Paprocka fest.

Tweet der Woche

„Der Hołownia-Tusk-Beschluss ist stalinistisch. Das wissen alle. Und wir? [...] Sie stehen dort, wo damals ZOMO [„Motorisierte Reserven der Bürgermiliz“, paramilitärische Einheit der volkspolnischen Bürgermiliz (Polizei), die besonders für ihre gewaltsamen Einsätze bei der Niederschlagung von Protesten und der Durchsetzung des am 13. Dezember 1981 verhängten Kriegszustands berüchtigt war; A.d.Ü.] stand, und wir dort, wo wir damals auch standen. Damit Polen Polen bleibt, halten wir zur Verteidigung der freien Medien und der Demokratie Wache. Erste Schicht 🦋 #WolneMedia [Freie Medien] #PreczZKoalicją13grudnia [Weg mit der Koalition des 13. Dezember]“¹⁸

Przemysław Czarnek (PiS), früherer Minister für Bildung und Wissenschaft. Der Post ist illustriert mit einer Aufnahme von Politikern von Recht und Gerechtigkeit im Sitz von TVP in der Nacht von Dienstag

¹³<https://wyborcza.pl/7,75398,30524690,jest-decyzja-w-sprawie-kaminskiego-i-wasika.html>

¹⁴<https://wpolityce.pl/polityka/675279-kaminski-i-wasik-nie-zamierzamy-sie-podporzadkowac>

¹⁵<https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/9386192,kaminski-i-wasik-prawomocnie-skazani-za-afere-gruntowa.html>

¹⁶<https://wyborcza.pl/7,75398,30526637,po-kaminskiego-i-wasika-przyszlo-prawo-i-sprawiedliwosc.html>

¹⁷<https://www.pap.pl/aktualnosci/malgorzata-paprocka-w-ocenie-kancelarii-prezydenta-mariusz-kaminski-i-maciej-wasik-sa>

¹⁸<https://twitter.com/CzarnekP/status/1737250988828836334>

auf Mittwoch.

Anmerkung der Redaktion: Zum Zeitpunkt der Einführung des Kriegsrechts, auf den er in seinem Post Bezug nimmt, war Czarnek vier Jahre alt.

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann